



Amtsblatt für den Landkreis Rosenheim

Nr. 01

Rosenheim, 31.01.2020

166. Jahrg.

INHALTSÜBERSICHT

Verfassung und Allgemeine Verwaltung

Vollzug der Baugesetze; Errichtung eines Reihenhauses Haus C; Tektur Lage, Fl.-Nr. 3240/1, Gemarkung Bruckmühl	4
Vollzug der Baugesetze; Errichtung eines Reihemittelhauses Haus B; Tektur Lage, Fl.-Nr. 3240/1, Gemarkung Bruckmühl	5
Vollzug der Baugesetze; Errichtung eines Reihenhauses mit Carport Haus A; Tektur Lage, Fl.-Nr. 3240/1, Gemarkung Bruckmühl	6
Vollzug der Baugesetze; Energetische Kernsanierung des denkmalgeschützten Mehrfamilienhauses und Errichtung eines Carports, eines Balkons sowie eines Fahrrad- und Müllhauses mit Windfang, Fl.-Nr. 133, Gemarkung Kiefersfelden	7
Vollzug der Baugesetze; Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage, Fl.-Nr. 77, Gemarkung Großholzhausen	8

Bauen, Planen, Gewässer, Wohnen

Vollzug § 76 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes -WHG- und Art. 47 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes -BayWG-; Verlängerung der Bekanntmachung zur vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes "Feldkirchner Bach"	9
--	---

Wirtschaft, Arbeit, gewerblicher Verbraucherschutz, Verkehr, Energie

Vollzug des Kommunalabgabengesetzes (KAG); Erlass der 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Mittagsbetreuung des Grundschulverbandes Amerang	10
Vollzug der Wassergesetze; Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Wasserschutzgebiet in der Gemeinde Großkarolinenfeld im Landkreis Rosenheim für die öffentliche Wasserversorgung des Wasserbeschaffungsverbandes Tattenhausen (Brunnen I und III Kapellenfeld und Brunnen II Kirchsteig) vom 21.01.2020	12
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 4 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) auf Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Errichtung und zum Betrieb eines Heizkraftwerkes mit zwei BHKW-Modulen und einer Spitzenlast-Heizwasserkesselanlage auf Fl.Nr.1403, Gemarkung Kolbermoor	20

Finanzwesen

Haushaltssatzung des Landkreises Rosenheim für das Haushaltsjahr 2020	22
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2020 des Mittelschulverbandes Edling	24
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2020 des Grundschulverbandes Amerang	26
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2020 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in den Simsseegemeinden	28

Bekanntmachung der Gemeinden und Zweckverbände und sonstiger Behörden

Bekanntmachung der Feststellung des Jahresabschlusses 2018 des Zweckverbandes Abfallverwertung Südostbayern (ZAS)	30
--	----

Sonstiges

Bekanntmachung der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg	31
--	----

Dieser Ausgabe liegt als Anlage bei:

Anlage 1
Inhaltsverzeichnis der Amtsblatt-Jahresausgabe 2019

Anlagen 2, 3, 4 und 5 zum
Vollzug der Wassergesetze;
Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Wasserschutzgebiet in der Gemeinde Großkarolinenfeld im Land-
kreis Rosenheim für die öffentliche Wasserversorgung des Wasserbeschaffungsverbandes Tattenhausen (Brunnen I
und III Kapellenfeld und Brunnen II Kirchsteig) vom 21.01.2020

Herausgeber: Landratsamt Rosenheim, Wittelsbacherstraße 53, 83022 Rosenheim, Tel. 08031 392-1015 Jahresbezugsgebühr einschließlich Postzustellung 40 EURO zusätzlich 2 EURO Verwaltungsgebühr bei erstmaliger Bestellung. Im Internet unter: www.landkreis-rosenheim.de – Aktuelles – Pressemitteilungen, Publikationen

NACHRUUF

Wir nehmen Abschied von

Frau Therese Funke

Frau Funke war von 2005 - 2018 als Hausmeisterin im Schloss Hartmannsberg tätig.

Durch ihre herzliche Art sowie die liebevolle Betreuung des Anwesens war sie auch bei den Besuchern des Schlosses Hartmannsberg sehr geschätzt.

Wir werden Frau Funke in dankbarer Erinnerung behalten.

Unser tiefes Mitgefühl gilt der Familie und allen Angehörigen.

Für den Landkreis Rosenheim

Josef Huber
stellv. Landrat

VERFASSUNG UND ALLGEMEINE VERWALTUNG

**Vollzug der Baugesetze;
Errichtung eines Reihenhauses Haus C; Tektur Lage, Fl.-Nr. 3240/1,
Gemarkung Bruckmühl**

Antragsteller: Maximilian Teschemacher und Dr. Sandra Teschemacher, Landsberger Straße 213,
80687 München
Vorhaben: Errichtung eines Reihenhauses Haus C;
Tektur: Lage
Bauort: Bruckmühl, Im Steinfeld 31
Lage: Gemarkung Bruckmühl, Flurstück 3240/1

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

Baugenehmigung

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie **Klage** erheben. Die Klage müssen Sie **innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides** beim

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erheben. Die Klage kann beim Bayerischen Verwaltungsgericht München auch **elektronisch** nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de) zu entnehmenden Bedingungen erhoben werden.

In der Klage müssen Sie den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen**, ferner sollen Sie einen bestimmten Antrag stellen und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben. Der Klageschrift sollen Sie diesen Bescheid beifügen (in Urschrift, in Abschrift oder in Ablichtung), ferner zwei Abschriften oder Ablichtungen der Klageschrift für die übrigen Beteiligten.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Nähere Informationen zur elektronischen Klageerhebung sind der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de) zu entnehmen.
- Kraft Bundesrechts ist bei Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Hinweis: Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 53, 83022 Rosenheim, Zimmer 01.615, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 08.01.2020

gez.

Aumüller

**Vollzug der Baugesetze;
Errichtung eines Reihenmittelhauses Haus B; Tektur Lage, Fl.-Nr. 3240/1,
Gemarkung Bruckmühl**

Antragsteller: Bernd Böhmert und Tanja Böhmert, Fasanenstraße 154, 82008 Unterhaching
Vorhaben: Errichtung eines Reihenmittelhauses Haus B;
Tektur: Lage
Bauort: Bruckmühl, Im Steinfeld 31
Lage: Gemarkung Bruckmühl, Flurstück 3240/1

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

Baugenehmigung

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie **Klage** erheben. Die Klage müssen Sie **innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides** beim

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erheben. Die Klage kann beim Bayerischen Verwaltungsgericht München auch **elektronisch** nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de) zu entnehmenden Bedingungen erhoben werden.

In der Klage müssen Sie den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen**, ferner sollen Sie einen bestimmten Antrag stellen und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben. Der Klageschrift sollen Sie diesen Bescheid beifügen (in Urschrift, in Abschrift oder in Ablichtung), ferner zwei Abschriften oder Ablichtungen der Klageschrift für die übrigen Beteiligten.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Nähere Informationen zur elektronischen Klageerhebung sind der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de) zu entnehmen.
- Kraft Bundesrechts ist bei Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Hinweis: Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 53, 83022 Rosenheim, Zimmer 01.615, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 09.01.2020

gez.

Aumüller

**Vollzug der Baugesetze;
Errichtung eines Reihenhauses mit Carport Haus A; Tektur Lage, Fl.-Nr. 3240/1,
Gemarkung Bruckmühl**

Antragsteller: Frank Trebus und Gabriele Christina Müller-Trebus, Untere Dorfstraße 5,
83052 Bruckmühl
Vorhaben: Errichtung eines Reihenhauses mit Carport Haus A;
Tektur: Lage
Bauort: Bruckmühl, Im Steinfeld 31
Lage: Gemarkung Bruckmühl, Flurstück 3240/1

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

Baugenehmigung

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie **Klage** erheben. Die Klage müssen Sie **innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides** beim

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erheben. Die Klage kann beim Bayerischen Verwaltungsgericht München auch **elektronisch** nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de) zu entnehmenden Bedingungen erhoben werden.

In der Klage müssen Sie den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen**, ferner sollen Sie einen bestimmten Antrag stellen und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben. Der Klageschrift sollen Sie diesen Bescheid beifügen (in Urschrift, in Abschrift oder in Ablichtung), ferner zwei Abschriften oder Ablichtungen der Klageschrift für die übrigen Beteiligten.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Nähere Informationen zur elektronischen Klageerhebung sind der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de) zu entnehmen.
- Kraft Bundesrechts ist bei Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Hinweis: Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 53, 83022 Rosenheim, Zimmer 01.615, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 09.01.2020

gez.

Aumüller

**Vollzug der Baugesetze;
Energetische Kernsanierung des denkmalgeschützten Mehrfamilienhauses und Errichtung eines Carports,
eines Balkons sowie eines Fahrrad- und Müllhauses mit Windfang, Fl.-Nr. 133,
Gemarkung Kiefersfelden**

Bauherr: Yakup Ekrem und Saziye Ekrem, Innstr. 36, 83088 Kiefersfelden
Bauvorhaben: Energetische Kernsanierung des denkmalgeschützten Mehrfamilienhauses und Errichtung eines Carports, eines Balkons sowie eines Fahrrad- und Müllhauses mit Windfang
Bauort: Kiefersfelden, Innstraße 36
Gemarkung: Kiefersfelden
Flurnummer: 133

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

Baugenehmigung

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen im vereinfachten Verfahren genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie **Klage** erheben. Die Klage müssen Sie **innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides** beim

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erheben. Die Klage kann beim Bayerischen Verwaltungsgericht München auch **elektronisch** nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de) zu entnehmenden Bedingungen erhoben werden.

In der Klage müssen Sie den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen**, ferner sollen Sie einen bestimmten Antrag stellen und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben. Der Klageschrift sollen Sie diesen Bescheid beifügen (in Urschrift, in Abschrift oder in Ablichtung), ferner zwei Abschriften oder Ablichtungen der Klageschrift für die übrigen Beteiligten.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Nähere Informationen zur elektronischen Klageerhebung sind der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de) zu entnehmen.
- Kraft Bundesrechts ist bei Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Hinweis: Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 53, 83022 Rosenheim, Zimmer 01.606, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 22.01.2020

gez.

Lund

**Vollzug der Baugesetze;
Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage, Fl.-Nr. 77,
Gemarkung Großholzhausen**

Bauherr: Thomas und Daniela Wittek, Tegernseer Str. 6, 83064 Raubling
Bauvorhaben: Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage
Bauort: Raubling, Tegernseer Str. 8b
Gemarkung: Großholzhausen
Flurnummer: 77

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

Baugenehmigung

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen im vereinfachten Verfahren genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie **Klage** erheben. Die Klage müssen Sie **innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides** beim

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erheben. Die Klage kann beim Bayerischen Verwaltungsgericht München auch **elektronisch** nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de) zu entnehmenden Bedingungen erhoben werden.

In der Klage müssen Sie den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen**, ferner sollen Sie einen bestimmten Antrag stellen und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben. Der Klageschrift sollen Sie diesen Bescheid beifügen (in Urschrift, in Abschrift oder in Ablichtung), ferner zwei Abschriften oder Ablichtungen der Klageschrift für die übrigen Beteiligten.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Nähere Informationen zur elektronischen Klageerhebung sind der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de) zu entnehmen.
- Kraft Bundesrechts ist bei Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Hinweis: Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 53, 83022 Rosenheim, Zimmer 01.613, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 30.01.2020

gez.

Schlehan

BAUEN, PLANEN, GEWÄSSER, WOHNEN

Vollzug § 76 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes -WHG- und Art. 47 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes -BayWG-

Verlängerung der Bekanntmachung zur vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes "Feldkirchner Bach"

Das Überschwemmungsgebiet „Feldkirchner Bach“ in der Gemeinde Feldkirchen-Westerham wurde durch Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Rosenheim Nr. 01 vom 30.01.2015 ortsüblich bekannt gemacht und damit vorläufig gesichert im Sinne von § 76 Abs. 3 WHG in Verbindung mit Art. 47 Abs. 2 und 3 BayWG.

Gemäß Art. 47 Abs. 4 Satz 2 BayWG endet die vorläufige Sicherung nach Ablauf von fünf Jahren. Da das Überschwemmungsgebiet noch nicht durch Rechtsverordnung festgesetzt wurde, wird gemäß Art. 47 Abs. 4 Satz 3 BayWG die Frist für die vorläufige Sicherung um zwei Jahre verlängert.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, den 23.01.2020

gez.

Dr. Ludwig
Regierungsdirektor

(34-6451-1 J)

WIRTSCHAFT, ARBEIT, GEWERBLICHER VERBRAUCHERSCHUTZ, VERKEHR, ENERGIE

Vollzug des Kommunalabgabengesetzes (KAG);

Erlass der 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Mittagsbetreuung des Grundschulverbandes Amerang

Die Verbandsversammlung des Grundschulverbandes Amerang hat in der Sitzung vom 09.12.2019 nachstehende 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Mittagsbetreuung des Grundschulverbandes Amerang beschlossen.

Die Satzung wird hiermit zur Erlangung der Rechtswirksamkeit bekannt gemacht:

Az. 2032

1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Mittagsbetreuung des Grundschulverbandes Amerang

Der Grundschulverband Amerang erlässt aufgrund Art. 22 des Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 20.06.1994 (GVBl. S. 555), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98), in Verbindung mit Art. 1, Art. 2 und Art. 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 04. April 1993 (GVBl. S. 264), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98), und auf Grund des Beschlusses des Grundschulverbandes Amerang vom 09.12.2019 folgende Satzung:

§ 1 Änderungen

§ 4 Abs. 1 lautet:

Für jeden angefangenen Monat wird folgende Gebühr erhoben

Buchungsmodell	Gebühr fürs erste Kind	Gebühr für jedes weitere Kind
Durchschnittliche tägliche Buchung 0-1 h je Woche	30 €	20 €
Durchschnittliche tägliche Buchung 1-2 h je Woche	45 €	35 €
Durchschnittliche tägliche Buchung 2-3 h je Woche	55 €	45 €
Durchschnittliche tägliche Buchung 3-4 h je Woche	65 €	55 €
Durchschnittliche tägliche Buchung 4-5 h je Woche	75 €	65 €
Hausaufgabenbetreuung je Woche	15 €	15 €

§ 2
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.09.2020 in Kraft.

Amerang, den 19.12.2019

gez.

August Voit
Grundschulverbandsvorsitzender

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 13.01.2020

gez.

Mandl
Regierungsrätin

Vollzug der Wassergesetze;

Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Wasserschutzgebiet in der Gemeinde Großkarolinenfeld im Landkreis Rosenheim für die öffentliche Wasserversorgung des Wasserbeschaffungsverbandes Tattenhausen (Brunnen I und III Kapellenfeld und Brunnen II Kirchsteig) vom 21.01.2020

Das Landratsamt Rosenheim erlässt aufgrund des § 51 Abs. 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl I S. 2585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.12.2018 (BGBl I S. 2254), in Verbindung mit Art. 31 und 73 des Bayerischen Wassergesetzes (BayRS 753-1-UG) folgende

V E R O R D N U N G

§ 1 Allgemeines

Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung des Wasserbeschaffungsverbandes Tattenhausen (Brunnen I und III Kapellenfeld und Brunnen II Kirchsteig) wird in der Gemeinde Großkarolinenfeld das in § 2 näher umschriebene Wasserschutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach §§ 3 bis 7 erlassen.

§ 2 Schutzgebiet

- (1) Das Schutzgebiet besteht aus
- zwei Fassungsbereichen (Zone I),
 - einer engeren Schutzzone (Zone II),
 - einer weiteren Schutzzone (Zone III).

Die Grenzen des Schutzgebietes und der einzelnen Schutzzonen sind in den, im Anhang (Anlagen 1, 2 und 3) veröffentlichten Lageplänen eingetragen (Anlagen 1 und 2 Fassungsbereich M 1 : 1.000; Anlage 3 - Schutzgebietsplan M 1: 5.000). Die Pläne sind im Landratsamt Rosenheim und in der Gemeinde Großkarolinenfeld niedergelegt; sie können dort während der Dienststunden eingesehen werden. Die genaue Grenze der Schutzzone verläuft auf der jeweils gekennzeichneten Grundstücksgrenze oder, wenn die Schutzzonengrenze ein Grundstück schneidet, auf der der Fassung näheren Kante der gekennzeichneten Linie.

- (2) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnungen der im Schutzgebiet gelegenen Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzonen nicht.
- (3) Die Fassungsbereiche sind durch eine Umzäunung, die engere und die weiteren Schutzzonen (II, III) sind, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kenntlich gemacht.

§ 3 Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen

(1) Es sind

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
entspricht Zone		III	II
1.	bei Eingriffen in den Untergrund (ausgenommen in Verbindung mit den nach Nr. 2 bis 5 zugelassenen Maßnahmen)		
1.1	Aufschlüsse oder Veränderungen der Erdoberfläche, auch wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird, vorzunehmen oder zu erweitern; insbesondere Fischteiche, Kies-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche, Übertagebergbau und Torfstiche	verboten, ausgenommen Bodenbearbeitung im Rahmen der ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung	
1.2	Wiederverfüllung von Erdaufschlüssen, Baugruben und Leitungsgräben sowie Geländeauffüllungen	nur zulässig - mit dem ursprünglichen Erdaushub im Zuge von Baumaßnahmen und - sofern die belebte Bodenzone wiederhergestellt wird	verboten
1.3	Geländeauffüllungen	verboten	
1.4	Leitungen verlegen oder erneuern (ohne Nrn. 2.1, 3.7 und 6.11)	---	verboten
1.5	Durchführung von Bohrungen	zur zulässig für Bodenuntersuchungen bis zu 1 m Tiefe	
1.6	Untertage-Bergbau, Tunnelbauten	verboten	
2.	bei Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (siehe Anlage 4)		
2.1	Rohrleitungsanlagen zum Befördern von wassergefährdenden Stoffen nach § 20 UVPG ¹ i.V.m. Nrn. 19.3 bis 19.6 der Anlage 1 zum UVPG zu errichten oder zu erweitern	verboten	
2.2	Anlagen nach § 62 WHG zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern (siehe Anlage 4, Ziffer 2)	verboten	
2.3	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 62 WHG außerhalb von Anlagen nach Nr. 2.2 (siehe Anlage 4, Ziffer 3)	nur zulässig für die kurzfristige (wenige Tage) Lagerung von Stoffen bis Wassergefährdungsklasse 2 in dafür geeigneten, dichten Transportbehältern bis zu je 50 Litern	verboten
2.4	Abfall i. S. d. Abfallgesetzes und bergbauliche Rückstände abzulagern (Die Behandlung und Lagerung von Abfällen fällt unter Nr. 2.2 und 2.3)	verboten	

¹ Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
entspricht Zone		III	II
2.5	Genehmigungspflichtiger Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung	verboten	
3.	bei Abwasserbeseitigung und Abwasseranlagen		
3.1	Abwasserbehandlungsanlagen zu errichten oder zu erweitern einschließlich Kleinkläranlagen	verboten	
3.2	Regen- oder Mischwasserentlastungsbauwerke zu errichten oder zu erweitern	verboten	
3.3	Trockenaborte	nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt werden und mit dichtem Behälter ausgestattet sind	verboten
3.4	Ausbringen von Abwasser	verboten, ausgenommen gereinigtes Abwasser aus dem Ablauf von Kleinkläranlagen zusammen mit Gülle oder Jauche zur landwirtschaftlichen Verwertung	verboten
3.5	Anlagen zur - Versickerung von Abwasser oder - Einleitung oder Versickerung von Kühlwasser oder Wasser aus Wärmepumpen in Grundwasser zu errichten oder zu erweitern (siehe Anlage 4, Ziffer 3.5)	verboten	
3.6	Anlagen zur Versickerung des von Dachflächen abfließenden Wassers zu errichten oder zu erweitern (auf die Erlaubnispflichtigkeit nach § 8 Abs. 1 WHG i.V. mit § 1 NWFreiV ² wird hingewiesen)	- nur zulässig bei ausreichender Reinigung durch flächenhafte Versickerung über den bewachsenen Oberboden oder gleichwertige Filteranlagen ³ - verboten für Niederschlagswasser von Gebäuden auf gewerblich genutzten Grundstücken	verboten
3.7	Abwassereinleitungen und zugehörige Anlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	

² Verordnung über die erlaubnisfreie schadhlose Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser (Niederschlagswasserfrei-stellungsverordnung)

³ Siehe ATV-DVWK-Merkblatt M 153 „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser“

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
	entspricht Zone	III	II
4.	bei Verkehrswegen, Plätzen mit besonderer Zweckbestimmung, Hausgärten, sonstigen Handlungen		
4.1	Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen zu errichten oder zu erweitern	<ul style="list-style-type: none"> - nur zulässig für klassifizierte Straßen, wenn die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten (RiStWag)“ in der jeweils geltenden Fassung beachtet werden und - für öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkt-öffentliche Wege, Eigentümerwege und Privatwege und - bei breitflächigem Versickern des abfließenden Wassers 	verboten
4.2	Eisenbahnanlagen zu errichten oder erweitern	verboten	
4.3	Potentiell wassergefährdende, Materialien (z.B. Bauschutt, Recycling-Baustoffe, Schlacke, Teer, Bahnschotter, Böden, welche durch Altlasten, Altlastverdachtsflächen oder Schadensfälle beeinflusst sein können u. ä.) zum Straßen-, Wege- oder Wasserbau zu verwenden	verboten	
4.4	Baustelleneinrichtungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern	---	verboten
4.5	Bade- oder Zeltplätze einzurichten oder zu erweitern; Camping aller Art	verboten	
4.6	Sportanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.7	Großveranstaltungen durchzuführen	verboten	
4.8	Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.9	Flugplätze einschließl. Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungsplätze zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.10	Militärische Übungen durchzuführen	verboten	
4.11	Kleingartenanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
	entspricht Zone	III	II
4.12	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Freilandflächen, die nicht land-, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden (z.B. Verkehrswege, Rasenflächen, Friedhöfe, Sportanlagen)	verboten	
4.13	Düngen mit Stickstoffdüngern	nur zulässig bei standort- und bedarfsgerechter Düngung	nur standort- und bedarfsgerechte Düngung mit Mineraldünger zulässig
4.14	Beregnung von öffentlichen Grünanlagen, Rasensport- und Golfplätzen	nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsberatung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 70% der nutzbaren Feldkapazität	verboten
4.15	Ausführen von Hunden	---	verboten
5.	bei baulichen Anlagen		
5.1	bauliche Anlagen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig - wenn kein häusliches oder gewerbliches Abwasser anfällt und - wenn die Gründungssohle höchstens 1 m unter Gelände liegt	verboten
5.2	Ausweisung neuer Baugebiete	verboten	
5.3	Stallungen zu errichten oder zu erweitern ⁴	nur zulässig für die in dieser Zone bereits vorhandene landwirtschaftliche Anwesen, wenn die Anforderungen gemäß Anlage 4, Ziffer 5 eingehalten werden und unter Beachtung von Ziffer 5.1 dieser Verordnung	verboten
5.4	Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersaft zu errichten oder erweitern ⁴	nur zulässig mit Leckageerkennung oder gleichwertiger Kontrollmöglichkeit der gesamten Anlage einschließlich Zuleitungen und unter Beachtung von Ziffer 5.1	verboten
5.5	ortsfeste Anlagen zur Gärfutterzubereitung zu errichten oder zu erweitern ⁴ (siehe Anlage 4, Ziffer 6)	nur zulässig mit Auffangbehälter für Silagesickersaft, unter Beachtung von Ziffer 5.1; Behälter für Anlagen größer 150 m ³ entsprechend Nr. 5.4	verboten

⁴ Es wird auf den Anhang 7 „Anforderungen an Jauche-, Gülle- und Silagesickersaftanlagen (JGS-Anlagen) der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) in der jeweils geltenden Fassung hingewiesen. Die näheren Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u.a. Leckageerkennung) sind dem technischen Arbeitsblatt DWA-A 792 „technische Regel wassergefährdender Stoffe (TRwS) JGS-Anlagen“ zu entnehmen. Arbeitsblätter mit Musterplänen sind bei der ALB Bayern e.V. erhältlich (Arbeitsblatt Nr. 10.15.04 „Lagerung von Flüssigmist“, Nr. 10.15.07 „Lagerung von Festmist“, Nr. 10.09.01 „Flach-silos und Sickersaftableitung“).

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
	entspricht Zone	III	II
6.	bei landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen, und gärtnerischen Flächennutzungen		
6.1	Düngen mit Gülle, Jauche, Festmist, Gärsubstrat aus Biogasanlagen und Festmistkompost	nur zulässig wie bei Nr. 6.2	verboten
6.2	Düngen mit sonstigen organischen und mineralischen Stickstoffdüngern (ohne Nr. 6.3)	nur zulässig, unter Einhaltung aller fachlichen Regeln und Rechtsvorschriften (z.B. Düngeverordnung, Stoffstrombilanzverordnung), einschließlich der erforderlichen Aufzeichnungen (z.B. Düngebedarfsermittlung, Düngezeitpunkte, Stickstoffgehalte der aufgetragenen Nährstoffträger)	
6.3	Ausbringen oder Lagern von Klärschlamm, klärschlammhaltigen Düngemitteln, Fäkalschlamm oder Gärsubstrat bzw. Kompost aus zentralen Bioabfallanlagen	verboten	
6.4	Ganzjährige Bodendeckung durch Zwischen- oder Hauptfrucht	erforderlich, soweit fruchtfolge- und witterungsbedingt möglich. Eine wegen der nachfolgenden Fruchtart unvermeidbare Winterfurche darf erst ab 01.11. erfolgen. Zwischenfrucht vor Mais darf erst ab 01.04. eingearbeitet werden	
6.5	Lagern von Festmist, Sekundärrohstoffdünger oder Mineraldünger auf unbefestigten Flächen	verboten, ausgenommen Kalkdünger; Mineraldünger und Schwarzkalk nur zulässig, sofern gegen Niederschlag dicht abgedeckt	verboten
6.6	Gärfutterlagerung außerhalb von ortsfesten Anlagen (siehe Anlage 4, Ziffer 6)	nur zulässig in allseits dichten Foliensilos bei Siliergut ohne Gärsafterwartung sowie Ballensilage	verboten
6.7	Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung	nur zulässig auf Grünland ohne flächige Verletzung der Grasnarbe (siehe Anlage 4, Ziffer 7) oder für bestehende Nutzungen, die unmittelbar an vorhandene Stallungen gebunden sind	verboten
6.8	Wildfutterplätze einschließlich Kurrungen und Wildgatter zu errichten	---	verboten
6.9	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen oder zur Bodenentseuchung	verboten	
6.10	Beregnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen	zulässig nur nach Maßgabe der Beregnungsberatung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 70% der nutzbaren Feldkapazität	verboten
6.11	landwirtschaftliche Dräne und zugehörige Vorflutgräben anzulegen oder zu ändern	nur zulässig für Instandsetzungs- und Pflegemaßnahmen	

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
	entspricht Zone	III	II
6.12	Besondere Nutzungen im Sinne von Anlage 4, Ziffer 8 neu anzulegen oder zu erweitern	verboten	
6.13	Kahlschlag oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme (siehe Anlage 4, Ziffer 9)	nicht zulässig auf Flächen größer als 5000 m ² (ausgenommen bei Kalamitäten)	nicht zulässig auf Flächen größer als 1000 m ² (ausgenommen bei Kalamitäten)
6.14	Rodung (siehe Anlage 4, Ziffer 9)	verboten	
6.15	Nasskonservierung von Rundholz	verboten	

- (2) Im Fassungsbereich (Schutzzone I) sind sämtliche unter Nr. 1 bis 6 aufgeführten Handlungen verboten. Das Betreten ist nur zulässig für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung durch Befugte des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.
- (3) Die Verbote und Beschränkungen des Absatzes 1 und 2 gelten hinsichtlich der Nr. 3.6 und 5.1 nicht für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.

§ 4 Befreiungen

- (1) Das Landratsamt Rosenheim kann von den Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungsverpflichtungen des § 3 eine Befreiung gemäß § 52 Abs. 1 Sätze 2 und 3 WHG erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Das Landratsamt Rosenheim hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird.
- (2) Die Befreiung ist widerruflich; sie kann mit Inhalts- und Nebenbestimmungen verbunden werden und bedarf der Schriftform.
- (3) Im Falle des Widerrufs kann das Landratsamt Rosenheim vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, soweit es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Schutz der Wasserversorgung erfordert.

§ 5 Kennzeichnung des Schutzgebietes

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden, dass die Grenzen des Fassungsgebietes und der Schutzzeiten durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszeichen kenntlich gemacht werden.

§ 6 Kontrollmaßnahmen

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben Probenahmen von im Schutzgebiet zum Einsatz bestimmten Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln durch Beauftragte des Landratsamts Rosenheim zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften dieser Verordnung zu dulden.
- (2) Sie haben ferner die Entnahme von Boden-, Vegetations- und Wasserproben und die hierzu notwendigen Verrichtungen auf den Grundstücken im Wasserschutzgebiet durch Beauftragte des Landratsamts Rosenheim zu dulden.
- (3) Sie haben ferner das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten zur Wahrnehmung der Eigenüberwachungspflichten gemäß § 3 der Verordnung zur Eigenüberwachung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen (Eigenüberwachungsverordnung - EÜV) in der jeweils geltenden Fassung zu gestatten, die hierzu erforderlichen Auskünfte zu erteilen und technische Ermittlungen und Prüfungen zu ermöglichen.

§ 7 Entschädigung und Ausgleich

- (1) Soweit diese Verordnung oder eine aufgrund dieser Verordnung ergehende Anordnung das Eigentum unzumutbar beschränkt und diese Beschränkung nicht durch eine Befreiung nach § 4 Abs. 1 oder andere Maßnahmen ausgeglichen werden kann, ist über die Fälle des § 5 hinaus nach § 52 Abs. 4 WHG in Verbindung mit §§ 96 - 98 WHG und Art. 57 BayWG Entschädigung zu leisten.
- (2) Soweit diese Verordnung oder eine aufgrund dieser Verordnung ergehende Anordnung erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung einschränken oder Mehraufwendungen für den Bau und Betrieb land- oder forstwirtschaftlicher Betriebsanlagen im Sinne des Art. 32 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayWG zur Folge haben, ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile ein angemessener Ausgleich nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Art. 57 BayWG zu leisten.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

Nach § 103 Abs. 1 Nr. 7a, Abs. 2 WHG und Art. 74 Abs. 2 Nr. 1 BayWG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Verbot nach § 3 Abs. 1 oder Abs. 2 zuwiderhandelt oder
2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Inhalts- und Nebenbestimmungen zu befolgen, oder
3. Anordnungen oder Maßnahmen nach §§ 5 - 7 nicht duldet.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Rosenheim in Kraft. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung des Landratsamtes Rosenheim vom 20.02.1990 (Amtsblatt Nr. 5 des Landkreises Rosenheim vom 15.04.1990) i.d.F.d. Änderungsverordnung vom 07.12.2005 (Amtsblatt Nr. 16 des Landkreises Rosenheim vom 30.12.2005) außer Kraft.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, den 21.01.2020

gez.

Josef Huber
stellv. Landrat

(EAP. 8631)

Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes;

Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 4 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) auf Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Errichtung und zum Betrieb eines Heizkraftwerkes mit zwei BHKW-Modulen und einer Spitzenlast-Heizwasserkesselanlage auf Fl.Nr.1403, Gemarkung Kolbermoor.

Bekanntmachung des Landratsamtes Rosenheim vom 31.01.2020

Az.: 35-824-50

Die INNergie GmbH beabsichtigt auf dem Grundstück mit der Fl.Nr. 1403 der Gemarkung Kolbermoor ein neues Heizkraftwerk zu errichten und zu betreiben. Es soll eine Verbrennungsmotoranlage mit zwei BHKW-Modulen zur Erzeugung von elektrischem Strom zur Einspeisung ins allgemeine Stromnetz und Wärme zur Versorgung des bereits bestehenden Nahwärmenetzes errichtet werden. Zur Sicherstellung der Wärmeversorgung wird ein Spitzenlastkessel installiert.

Das beantragte Vorhaben bedarf einer Genehmigung gemäß § 4 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in Verbindung mit Nr. 1.2.3.2 (Verfahrensart V) des Anhangs 1 zur Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV).

Für das Vorhaben war im Rahmen einer standortbezogenen Vorprüfung außerdem festzustellen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, da die Anlage auch durch die Nr. 1.2.3.2 in Anlage 1 des UVPG (Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas in einer Verbrennungseinrichtung (hier: Verbrennungsmotoranlage), einschließlich des jeweils zugehörigen Dampfkessels durch den Einsatz von Gasen der öffentlichen Gasversorgung mit einer Feuerungswärmeleistung von 1 MW bis weniger als 20 MW) erfasst ist. Aufgrund der Kennzeichnung mit dem Buchstaben „S“ in der Spalte 2 der Liste „UVP-pflichtige Vorhaben“ ist für das Vorhaben eine Standortbezogene Vorprüfung nach § 7 Abs. 2 UVPG durchzuführen. Die Standortbezogene Vorprüfung erfolgt entsprechend den Vorgaben in § 7 Abs. 2 UVPG als überschlägige Prüfung in zwei Stufen.

Begründung gemäß den Kriterien der Anlage 3 UVPG:

Die Bewertung im Rahmen einer überschlägigen Prüfung anhand der vorgelegten Antragsunterlagen, eigener Ermittlungen und der für die Entscheidung maßgeblichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergab, dass das geplante Vorhaben keine erheblich nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt haben kann.

Erste Stufe

In der ersten Stufe wird geprüft, ob im Rahmen des Vorhabens besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 UVPG aufgeführten Schutzkriterien vorliegen. Ergibt die Prüfung in der ersten Stufe, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten vorliegen, so besteht keine UVP-Pflicht. Die zweite Stufe der Standortbezogenen Vorprüfung ist dann nicht erforderlich.

Die Prüfung auf der ersten Stufe hat ergeben, dass aufgrund benachbarter Schutzgebiete besondere örtliche Gegebenheiten vorliegen (insbesondere geschützte Biotope). Daher wurde für das Vorhaben der INNergie GmbH eine Standortbezogene Vorprüfung – zweite Stufe durchgeführt.

Zweite Stufe

Ergibt die Prüfung in der ersten Stufe, dass besondere örtliche Gegebenheiten vorliegen, so ist in der zweiten Stufe unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien zu prüfen, ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die die besondere Empfindlichkeit oder die Schutzziele des Gebietes betreffen und nach § 25 Absatz 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Die Gesamteinschätzung des Standorts des Vorhabens, insbesondere der ökologischen Empfindlichkeit des Gebietes sowie der Belastbarkeit der Schutzgüter in dem Gebiet, das durch das Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird (unter Berücksichtigung Vorbelastung) stellt sich wie folgt dar:

Der Standort des Vorhabens befindet sich westlich im Anschluss der Sporthalle auf Gemeinbedarfsflächen. Die ökologische Empfindlichkeit des Untersuchungsstandortes selbst wird daher als gering eingeschätzt. Aus Sicht des UVPG stehen einer Genehmigungsfähigkeit am Standort des Vorhabens keine Nutzungs-, Qualitäts- und Schutzkriterien entsprechend dem UVPG (Nr. 2.1, Nr. 2.2 und Nr. 2.3 der Anlage 3 zum UVPG) bzw. dem Prüfkatalog der Regierung von Oberbayern entgegen.

Die für den Untersuchungsraum dargestellten Nutzungs-, Qualitäts- und Schutzkriterien stehen aus Sicht des UVPG einer Genehmigungsfähigkeit nicht entgegen. Die ökologische Empfindlichkeit des Untersuchungsraums wird aufgrund der dargestellten Schutzkriterien (gesetzlich geschützte Biotopflächen, Bundesprojekt Biologische Vielfalt-Projekt, Biotopverbundflächen, Überschwemmungsgebiet, bedeutsame Grundwasservorkommen, besonders schutzwürdige Landschaften) und der Lage im Untersuchungsraum als gering bis mittel eingestuft.

Die Belastbarkeit der Schutzgüter im Untersuchungsraum wird aufgrund der gewerblichen Nutzung, der mittleren Bevölkerungsdichte und der verkehrlichen Nutzung des Untersuchungsraums (Landstraßen) als gering bis mittel eingestuft.

Zusammenfassung

Durch das Vorhaben der INNergie GmbH sind aufgrund der durchgeführten überschlägigen Untersuchungen keine erheblichen oder nachteiligen Beeinträchtigungen der betrachteten Schutzgüter im Sinne des UVPG zu erwarten. Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher nicht erforderlich.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbstständig anfechtbar.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, den 31.01.2020

gez.

Deichsel

FINANZWESEN

Haushaltssatzung des Landkreises Rosenheim für das Haushaltsjahr 2020

I.

H a u s h a l t s s a t z u n g

des Landkreises Rosenheim
für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund der Art. 57 ff der Landkreisordnung erlässt der Landkreis Rosenheim folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit festgesetzt; er schließt
im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit 291.045.800 €
und im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit 52.636.700 €
ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan des Landkreises Rosenheim wird auf 7.000.000 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt des Landkreises Rosenheim wird auf 97.325.000 € festgesetzt.

§ 4

(1) Die Höhe des durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten Bedarfs, der nach Art. 18 Abs. 1 BayFAG auf die Gemeinden umzulegen ist (Umlagesoll), wird für das Haushaltsjahr 2020 auf

142.103.400 €

festgesetzt.

(2) Der Umlagesatz für die Bemessung der Kreisumlage 2020 wird gem. Art. 18 Abs. 3 BayFAG einheitlich auf

45,25 v. H.

der vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bekannt gegebenen endgültigen Umlagegrundlagen festgesetzt.

(3) Die Steuersätze (Hebesätze) für die nachstehenden Gemeindesteuern, die der Landkreis auf gemeindefreien Grundstücken erhebt, werden wie folgt festgesetzt:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Grundsteuer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (A) | 310 v. H. |
| 2. Grundsteuer für die Grundstücke (B) | 310 v. H. |
| 3. Gewerbesteuer | 310 v. H. |

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan des Landkreises Rosenheim wird auf 10.000.000 € festgesetzt.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Landkreis Rosenheim
Rosenheim, 20. Januar 2020

gez.

Josef Huber
stellv. Landrat

II.

Die Regierung von Oberbayern hat mit Schreiben vom 14.1.2020, Nr. 12.2-1512RO20, rechtsaufsichtlich genehmigt:

- den Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Landkreises mit 7.000.000 €,
- den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen mit 97.325.000 €

Die übrigen Bestandteile der Haushaltssatzung für das Jahr 2020 waren nicht genehmigungspflichtig.

III.

Der Haushaltsplan 2020 des Landkreises Rosenheim liegt gem. Art. 59 Abs. 3 Satz 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (LKrO) ab dem Tag dieser amtlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung öffentlich im Landratsamt Rosenheim, Wittelsbacherstr. 53, 83022 Rosenheim, im Zimmer 02.413 (4. Obergeschoss des Erweiterungsbaus) während der allgemeinen Geschäftsstunden auf.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 21. Januar 2020

gez.

Josef Huber
stellv. Landrat

(131-941-00)

**Vollzug des BaySchFG und der GO;
Haushalt 2020 des Mittelschulverbandes Edling**

I.

Die Schulverbandsversammlung des Mittelschulverbandes Edling hat in der Sitzung vom 04.12.2019 den Haushalt des Jahres 2020 beschlossen. Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile und wird zur Erlangung der Rechtswirksamkeit nachstehend bekannt gemacht:

H a u s h a l t s s a t z u n g

des Mittelschulverbandes Edling, geschäftsführende Gemeinde
Gemeinde Edling
für das Haushaltsjahr **2 0 2 0**

Auf Grund der Art. 3, 8 und 9 Abs. 1, Abs. 7 und Abs. 9 des Bayer. Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG), Art. 41 ff des Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in Verbindung mit Art. 63 ff der Gemeindeordnung erlässt die Schulverbandsversammlung folgende Haushaltssatzung.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2 0 2 0 wird
im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben
auf je

964.200,00 €

und im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben
auf je
festgesetzt.

89.100,00 €

§ 2

Kredite zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt werden nicht
aufgenommen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

- a) Die Höhe des durch die sonstigen Einnahmen im
Verwaltungshaushalt nicht gedeckten Bedarfs, der nach
den einschlägigen Bestimmungen auf die Mitglieder des
Schulverbandes umgelegt werden soll (Verwaltungsumlage)
wird für die Grundschule auf
und für die Mittelschule auf
festgesetzt (Umlagesoll)

343.900,00 €

425.600,00 €

- b) Die Höhe des durch die sonstigen Einnahmen im
Vermögenshaushalt nicht gedeckten Bedarfs, der
nach den einschlägigen Bestimmungen auf die
Mitglieder des Schulverbandes umgelegt werden
soll (Investitionsumlage)
wird für die Grundschule auf
und für die Mittelschule auf
festgesetzt.

0,00 €

0,00 €

- c) Für die Bemessung der Umlage wird die Schülerzahl (nach dem Stand vom **01.10.2019**) herangezogen (Bemessungsgrundlagen).
- d) Die Verbandsschule wurde am **01.10.2019** von insgesamt **178** Mittelschülern (ohne Gastschüler) besucht. Dazu kommen **166** Grundschüler, die per Vertrag auf die Gemeinden umgelegt werden. Für die Bemessung der Schulverbandsumlage nach der Schülerzahl beträgt der Betrag je Schüler

im <u>Verwaltungshaushalt</u> (Grundschule)	2.071,69 €
im <u>Verwaltungshaushalt</u> (Mittelschule)	2.391,01 €
im <u>Vermögenshaushalt</u> (Grundschule)	0,00 €
im <u>Vermögenshaushalt</u> (Mittelschule)	0,00 €

§ 5

Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan werden nicht beansprucht.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2020 in Kraft.

Edling, den 11.12.2019
Schulverband Edling

gez.

Matthias Schnetzer
Vorsitzender des Schulverbandes
und 1. Bürgermeister

II.

Es wird bekannt gemacht, dass die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung ab dem Tag dieser Veröffentlichung in der Geschäftsstelle des Mittelschulverbandes (Gemeinde Edling, Rathausplatz 2, 83533 Edling) zur öffentlichen Einsicht ausliegt.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 14.01.2020

gez.

Mandl
Regierungsrätin

**Vollzug des BaySchFG und der GO;
Haushalt 2020 des Grundschulverbandes Amerang**

I.

Die Schulverbandsversammlung des Grundschulverbandes Amerang hat in der Sitzung vom 09.12.2019 den Haushalt des Jahres 2020 beschlossen. Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile und wird zur Erlangung der Rechtswirksamkeit nachstehend bekannt gemacht:

Haushaltssatzung

**des Grundschulverbandes Amerang
für das Haushaltsjahr 2020**

Landkreis Rosenheim

Auf Grund des Art. 9 Abs. 7 und 9 des Bayer. Schulfinanzierungsgesetzes sowie Art. 63 ff der Gemeindeordnung erlässt der Schulverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit festgesetzt;
er schließt im

Verwaltungshaushalt

in den Einnahmen und Ausgaben
und im

361.200,-- Euro

Vermögenshaushalt

in den Einnahmen und Ausgaben

25.000,--Euro

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Verwaltungsumlage

a) Umlegung nach der Schülerzahl

Die Höhe des durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten Bedarfs (Umlage-Soll) zur Finanzierung von Ausgaben im Verwaltungshaushalt wird auf festgesetzt.

226.700,--Euro

Dieser ungedeckte Bedarf wird nach der Zahl der Verbandsschüler auf die Mitglieder des Schulverbandes umgelegt. Die Verbandsschule wurde bis zum 1. Oktober 2019 von insgesamt

167 Verbandsschülern

(davon drei Gastschüler ohne Anspruch auf Gastschulbeiträge) besucht.

Die Verwaltungsumlage beträgt somit je Verbandsschüler

1.382,32 Euro

b) Eine Investitionsumlage wird nicht erhoben.

§ 5

Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan werden nicht festgesetzt.

§ 6

Die Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2020 in Kraft.

Amerang, 08.01.2020
Grundschulverband Amerang

gez.

August Voit, Grundschulverbandsvorsitzender

II.

Es wird bekannt gemacht, dass die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung ab dem Tag dieser Veröffentlichung in der Geschäftsstelle des Grundschulverbandes (Gemeinde Amerang, Wasserburger Str. 11, 83123 Amerang) zur öffentlichen Einsicht ausliegt.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 17.01.2020

gez.

Mandl
Regierungsrätin

**Vollzug des KommZG und der GO;
Haushalt 2020 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in den Simsseegemeinden**

I.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in den Simsseegemeinden hat in der Sitzung vom 06.12.2019 den Haushalt des Jahres 2020 beschlossen. Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile und wird zur Erlangung der Rechtswirksamkeit nachstehend bekannt gemacht:

**Haushaltssatzung
des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in den Simsseegemeinden für das Haushaltsjahr 2020**

Auf Grund § 19 der Verbandssatzung und Art. 34 Abs. 2 Nr. 3 und Art. 40 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt der Zweckverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

im Verwaltungshaushalt	in den Einnahmen und Ausgaben auf je	2.226.400 €
im Vermögenshaushalt	in den Einnahmen und Ausgaben auf je	334.700 €
		2.561.100 €

festgesetzt.

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden in Höhe von 0,00 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Verbandsumlage wird entsprechend der vorläufigen Umlagenberechnung nach § 18 der Verbandssatzung wie folgt festgesetzt:

1) Schuldendienstumlage (Anlage 1)

Schuldendienstumlage gesamt	246.100 €
Einwohnerwerte gesamt	40.300 EW
Kosten/Einwohnerwert (EW)	6,11 €

2) Betriebskostenumlage (Anlage 2)

Betriebskostenumlage gesamt	1.423.800 €		
48% überwiegend fixe Kosten (Bemessung nach EW)	683.424 €	EW ges. 40.300	16,96 €/EW
14% überwiegend mengenabhängige Kosten (Bemessung nach Frischwassermaßstab + 100 % Zuschlag für Mischsystem)	199.332 €	m³ ges. 2.609.565	0,08 €/m³
38% überwiegend verschmutzungsabhängige Kosten (Bemessung nach Frischwasser)	541.044 €	m³ ges. 1.530.938	0,35 €/m³

3) Investitionsumlage

Eine Investitionsumlage wird nicht erhoben. Der ungedeckte Bedarf des Vermögenshaushalts wird durch Kreditaufnahmen gedeckt.

4) Fälligkeit

Die Verbandsumlage wird mit ¼ ihres Jahresbetrags am 10. jeden 3. Quartalsmonats fällig.

Die Umlagenüberschüss aus dem Jahr 2019 wurden im Verwaltungshaushalt 2020 als Zuführungen veranschlagt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 100.000 € festgesetzt.

§ 6

Die Haushaltssatzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

Abwasserzweckverband Simssee

Stephanskirchen, 15.01.2020

gez.

Auer
Verbandsvorsitzender

II.

Es wird bekannt gemacht, dass die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung ab dem Tag dieser Veröffentlichung in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes (Gemeinde Stephanskirchen, Rathausplatz 1, 83071 Stephanskirchen) zur öffentlichen Einsicht ausliegt.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 17.01.2020

gez.

Mandl
Regierungsrätin

BEKANNTMACHUNG DER GEMEINDEN UND ZWECKVERBÄNDE UND SONSTIGER BEHÖRDEN

Bekanntmachung der Feststellung des Jahresabschlusses 2018 des Zweckverbandes Abfallverwertung Südostbayern (ZAS)

Aufgrund des § 25 Eigenbetriebsverordnung gibt der Zweckverband Abfallverwertung Südostbayern gemäß § 36 (2) der Verbandssatzung die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 bekannt.

Die Verbandsversammlung des ZAS hat am 09. Dezember 2019

den Jahresabschluss 2018 mit einer Bilanzsumme von	177.177.486,25 EUR
und einem Jahresverlust von	5.462.008,57 EUR

festgestellt.

Der Jahresabschluss wurde durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband geprüft.

Dieser erteilt den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften und der Verbandssatzung. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- Finanz- und Ertragslage. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

München, 31.07.2019
Bayerischer Kommunalen
Prüfungsverband

Christian Baumann
Wirtschaftsprüfer

Gleichzeitig mit der Feststellung wurde beschlossen, den Jahresverlust aus 2018 mit 5.462.008,57 EUR über die allgemeine Rücklage auszugleichen.

Der Jahresabschluss 2018 wird zusammen mit dem Lagebericht in der Geschäftsstelle des ZAS, Bruck 110, Burgkirchen in der Zeit vom 09.03.2020 bis 16.03.2020 öffentlich (7 Tage) zur Einsichtnahme ausgelegt.

Burgkirchen, 10. Dezember 2019

Erwin Schneider
Landrat, Verbandsvorsitzender

SONSTIGES

B e k a n n t m a c h u n g

der Kreis- und Stadtsparkasse Wasserburg am Inn

1. Die Sparurkunde Nr. 3165106901 wird für kraftlos erklärt.
2. Da die Aufgebotsfrist von drei Monaten abgelaufen ist, ohne dass die aufgeboteene Urkunde bei der Sparkasse vorgelegt worden ist, hat der Vorstand der Kreis- und Stadtsparkasse Wasserburg am Inn dem Antrag auf Kraftloserklärung stattgegeben und die Sparurkunden für kraftlos erklärt.

§ 25 Spk0, Art. 34 – 42 AGBGB

Wasserburg am Inn, den 31.01.2020

KREIS- UND STADTSPARKASSE WASSERBURG AM INN

Inhaltsverzeichnis

AMTSBLATT

für den

LANDKREIS ROSENHEIM

JAHRGANG 2019

(165.)

UMFANG

12 Nummern mit 178 Seiten

INHALTSVERZEICHNIS

Betreff

Seite

Verfassung und Allgemeine Verwaltung

Bekanntmachung für Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Unionsbürger) zur Wahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland	14
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung von Wohnen u. Arztpraxis in Verwaltungsräume sowie Abbruch der Einfriedung und Erstellen von Parkplätzen, Fl.Nr. 49/5, Gemarkung Prien a. Chiemsee	15
Vollzug der Baugesetze; Neubau Hackschnitzzellager / Zwischenlager an bestehenden Gebäude, Fl.Nr. 411/9, 320/1, 412/6, Gemarkung Edling	16
Vollzug der Baugesetze; Abbruch des Wohnhauses einschl. Betriebsgebäude und Garage sowie Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit Garagen und Stellplätzen, Fl.Nr. 738/5, 738/4, Gemarkung Prien a. Chiemsee	36
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung von 2 Ladeneinheiten in 2 Büroeinheiten, Fl.Nr. 191, Gemarkung Bad Endorf	48
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung einer Ladeneinheit zu einer Ferienwohnung, Fl.Nr. 1293/21, Gemarkung Mauerkirchen i. Chiemgau	49
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung von 2 Klassen der Grundschule für eine temporäre Kinderkrippe mit 13 Plätzen, Fl. Nr. 478/2, Gemarkung Eggstätt	50
Sturmwarndienst Simssee	51
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung einer Gewerbeinheit in eine Wohneinheit, Fl.Nr. 215/4, Gemarkung Edling	69
Vollzug der Baugesetze; Einbau einer Schleppgaube zum Dachgeschoßausbau, Fl. Nr. 101, Gemarkung Niederaschau i. Ch.	70
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung eines Ladenlokals in eine Physiotherapiepraxis, Fl.Nr. 190/3, Gemarkung Degerndorf.....	87
Einwohnerzahlen der Gemeinden des Landkreises Rosenheim zum Stand 31. Dezember 2018	91
Vollzug der Baugesetze; Abbruch der best. Wohn- und Nebengebäude sowie Errichtung eines Doppelhauses, drei Einfamilienhäuser und eines Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung, Fl.Nr. 77, 77/1, 168/3, Gemarkung Großholzhausen	93
Vollzug der Baugesetze; Errichtung einer Wohnanlage mit Tiefgarage, Fl.Nr. 71, Gemarkung Götting	94
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung der Räumlichkeit von privaten Arbeiten zur gewerblichen Praxis im Erdgeschoss, Fl. Nr. 209/6, Gemarkung Amerang	95

Betreff	Seite
Einwohnerzahlen der Gemeinden des Landkreises Rosenheim zum Stand 31. März 2019	107
Vollzug der Baugesetze; Anbau eines Balkones an die best. Doppelhaushälfte, Fl. Nr. 2498/5, Gemarkung Pang	109
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung von Praxisräumen in Wohnräume, Fl. Nr. 330/3, Gemarkung Bad Aibling	110
Vollzug der Baugesetze; Instandsetzung eines historischen Gebäudes mit Nutzungsänderung in ein Gewerbe und Errichtung von 2 Mehrfamilienhäusern, 3 Doppelhäusern und einer Tiefgarage als Großgarage inkl. Abbruch eines Einfamilienhauses mit Holzschuppen und Teilabbruch eines Gebäudes mit Gewerbe- und Wohnnutzung (ehemaliger Stall und Scheune, Dach-Wohntrakt); Fl. Nr. 28 Gemarkung Bad Aibling	111
Vollzug der Baugesetze; Neubau einer Doppelhaushälfte mit Garage und Carport - Haus B (neu) = Haus A (alt) – Tektur, Fl. Nr. 3249/1 Gemarkung Bruckmühl	112
Vollzug des BayStrWG; Ortsumfahrung Albaching wird nach Art. 6 BayStrWG zur Kreisstraße RO 42 gewidmet.	113
Vollzug der Baugesetze; Abbruch und Neuerrichtung von 4 Dachstühlen sowie Ausbau von 4 Dachgeschossen zu je 2 Wohnungen, Fl.Nr. 806/22, Gemarkung Bad Aibling	126
Vollzug der Baugesetze; Umbau und Nutzungsänderung einer Scheune zum Wohnhaus mit Garagen, Fl.Nr. 39/2, Gemarkung Bad Aibling	127
Vollzug der Baugesetze; Anbau eines Wintergartens, Fl.Nr. 82/35, Gemarkung Niederaschau i.Ch.	128
Sturmwarndienst Simssee	129
Einwohnerzahlen der Gemeinden des Landkreises Rosenheim zum Stand 30. Juni 2019	142
Vollzug der Baugesetze; Errichtung eines Reihenhendhauses (Haus A) mit Carport, Fl.-Nr. 3240/1, Gemarkung Bruckmühl	144
Vollzug der Baugesetze; Errichtung eines Reihennittelhauses (Haus B) mit Carport, Fl.-Nr. 3240/1 Gemarkung Bruckmühl	145
Vollzug der Baugesetze; Errichtung eines Reihenhendhauses (Haus C) mit Carport, Fl.-Nr. 3240/1 Gemarkung Bruckmühl	146
Haushaltssatzung 2019 des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung	147
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung der Einheit Nr. 4 von Praxis zu Wohnung im OG des Wohn- und Geschäftshauses, Fl.-Nr. 134/2, Gemarkung Bad Endorf	165
Vollzug der Baugesetze; Erweiterung Süd Regallager am best. Hamberger Logistik- und Servicecenter, Fl.-Nr. 1581 Gemarkung Rohrdorf	166
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung der vormaligen Postfiliale in eine Zahnarztpraxis, Fl.-Nr. 160/6, 160/9, 160/10, 221/1 Gemarkung Hohenaschau i.Ch.	167
Bekanntmachung über die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Kreistags und des Landrats im Landkreis Rosenheim am 15. März 2020	174

Gesundheitswesen, Veterinärwesen, gesundheitlicher Verbraucherschutz

Bestattungsgesetz; Antrag der Gemeinde Neubeuern auf Erweiterung des Friedhofes Altenbeuern, Hiererweg	114
Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Erding	148

Bauen, Planen, Gewässer, Wohnen

Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 35 Abs. 3 KRWG zur Neuerrichtung einer Inertabfalldeponie der Deponieklasse DK 0 auf den Grundstücken Fl. Nrn. 169, 259, 260, 264 und 265 der Gemarkung Attel, Stadt Wasserburg am Inn	4
Vollzug des Wasserverbandsgesetzes -WVG-; Bekanntmachung der neuen Wasserbezugsordnung, Verbandssatzung und Tarifsatzung des Wasserbeschaffungsverbandes Antersberg-Vogtländ	52
Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Überschwemmungsgebiet „Rott“ auf dem Gebiet der Gemeinde Großkarolinenfeld im Landkreis Rosenheim vom 14.05.2019	71
Vollzug des Wasserverbandsgesetzes -WVG-; Bekanntmachung der Änderung der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes Farrach	73
Vollzug des Wasserverbandsgesetzes -WVG-; Bekanntmachung der geänderten Tarifsatzung als Teil der Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Vogtareuth.....	149
Vollzug des Wasserverbandsgesetzes -WVG-; Bekanntmachung der geänderten Tarifsatzung als Teil der Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Högling-Bruckmühl.....	168

Landwirtschaft, Forst, Jagd, Fischerei

Vollzug der Düngeverordnung; Allgemeinverfügung nach § 6 Abs. 10 Düngeverordnung für 2019/20	130
Vollzug der Jagdgesetze; Verlängerung/Erlass der Wildschutzgebietsverordnung für das Wintergatter Maurach, Gemeinde Aschau im Chiemgau.....	150

Wirtschaft, Arbeit, gewerblicher Verbraucherschutz, Verkehr, Energie

Vollzug der Wassergesetze; 1. Antrag auf Erteilung einer gehobenen wasserrechtlichen Erlaubnis für das Zutagefördern und Ableiten von Grundwasser aus der Quelle Hart auf dem Grundstück Fl.Nr. 2202/1, Gemarkung Hochstätt, Gemeinde Schechen Antragsteller: Wassergemeinschaft Ranft-Hart e.V. 2. Erlass der Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Wasserschutzgebiet in den Gemeinden Schechen und Rott a. Inn sowie in dem gemeindefreien Gebiet Rotter Forst-Nord (Landkreis Rosenheim) für die öffentliche Wasserversorgung der Wassergemeinschaft Ranft-Hart e.V. (Quelle Hart)	17
Bericht über die Beteiligungen des Landkreises Rosenheim an Unternehmen des Privatrechts für das Jahr 2017 (Beteiligungsbericht 2017)	37
Vollzug des KommZG; Zweckvereinbarung zwischen dem Zweckverband zur Wasserversorgung der Schonstetter Gruppe und der Gemeinde Babensham zur Wasserversorgung von Grundstücken/Anwesen in den Gemeindeteilen Oberthalham, Schönberg und Stettberg der Gemeinde Babensham	38
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG); Antrag des Südbayerischen Portlandzementwerkes Gebr. Wiesböck & Co. GmbH auf wesentliche Änderung des in der Gemeinde Nußdorf am Inn, Ortsteil Überfilzen, betriebenen Steinbruchs	53

Betreff	Seite
Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 4, 16 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zum Einsatz von LD- und Hochofenschlacke als Rohmaterialkomponente im Zementwerk Rohrdorf	55
Vollzug der Wassergesetze; Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über die Aufhebung der Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemeinde Pfaffing (Landkreis Rosenheim) für die öffentliche Wasserversorgung der Firma Alpenhain Käsespezialitäten GmbH in Lehen vom 09.09.1985	74
Vollzug der Wassergesetze; Erörterung der Bedenken und Anregungen zum Erlass der Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemeinden Schechen und Rott a. Inn sowie in dem gemeindefreien Gebiet Rotter Forst-Nord (Landkreis Rosenheim) für die öffentliche Wasserversorgung der Wassergemeinschaft Ranft-Hart e.V. (Quelle Hart).....	75
Vollzug des KommZG; Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Feldkirchen-Westerham und dem Markt Bruckmühl zur Wasserversorgung der „Vagener Au“ im Gemeindegebiet Feldkirchen-Westerham	76
Vollzug des KommZG; Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Rott a. Inn und der Gemeinde Schechen zur Übertragung der Aufgaben und Befugnisse zur Erhebung von Parkgebühren auf Fl.Nr. 1682/5, 1676/1 und 1674/6, jeweils Gemarkung Hochstätt (Parkplatzflächen Rotter Ausee).....	78
Vollzug des KommZG; Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Stephanskirchen und der Gemeinde Rohrdorf über die Übertragung der Aufgaben und Befugnisse der öffentlichen Entwässerung für die Grundstücke Fl.Nr. 1626, 1626/1 und 1626/2 der Gemarkung Rohrdorf)	80
Vollzug des KommZG; Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Rott a. Inn und der Gemeinde Griesstätt zur Übertragung der Aufgaben und Befugnisse zur Erhebung von Parkgebühren auf Fl.Nr. 1256 und 1245/27, jeweils Gemarkung Holzhausen (Parkplatzflächen Rotter Ausee)	96
Vollzug der Wassergesetze; Erörterung der Bedenken und Anregungen zum Erlass der Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemeinden Schechen und Rott a. Inn sowie in dem gemeindefreien Gebiet Rotter Forst-Nord (Landkreis Rosenheim) für die öffentliche Wasserversorgung der Wassergemeinschaft Ranft-Hart e.V. (Quelle Hart)	98
Vollzug der Wassergesetze; Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Wasserschutzgebiet in den Gemeindegebieten Schechen und Rott a. Inn sowie im gemeindefreien Gebiet Rotter Forst-Nord im Landkreis Rosenheim für die öffentliche Wasserversorgung der Wassergemeinschaft Ranft-Hart e.V. (Quelle Hart) vom 12.08.2019.....	115
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 4, 16 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zur Behandlung von Altholz der Klasse A IV am Standort in der Gemeinde Raubling, Ortsteil Wasserwiesen, Fl.Nr. 1236 der Gemarkung Pang	131
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 4 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zur Errichtung und Betrieb einer Anlage zur physikalisch-chemischen Behandlung (Emulsionsspaltanlage) auf dem Grundstück Fl.Nr. 399/4 der Gemarkung Freiham, Ortsteil Spielberg, in der Gemeinde Eiselfing	132
Vollzug des Wasserverbandsgesetzes -WVG-; Bekanntmachung der geänderten Tarifsatzung als Teil der Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Högling-Bruckmühl.....	168
Vollzug der Wassergesetze; Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Wasserschutzgebiet in den Gemeindegebieten Aschau i. Ch. und Frasdorf im Landkreis Rosenheim für die öffentliche Wasserversorgung im Versorgungsgebiet der Wasserversorgung Oberer Fellerer GbR (Quelle Oberer Fellerer) vom 27.09.2019	151
Vollzug des KommZG; Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Breitbrunn a. Chiemsee und der Gemeinde Gstadt a. Chiemsee über die Benutzung des Friedhofs und der Bestattungseinrichtungen der Gemeinde Breitbrunn a. Chiemsee.....	158

Finanzwesen

Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2019 des Mittelschulverbandes Edling	5
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2019 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in den Simsseegemeinden	7
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2019 des Grundschulverbandes Amerang	19
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2019 des Mittelschulverbandes Bad Endorf	21
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2019 des Mittelschulverbandes Rott a. Inn	23
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2019 des Schulverbandes Bad Endorf-Höslwang	25
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2019 des Grundschulverbandes Feldkirchen-Westerham	27
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2019 des Mittelschulverbandes Feldkirchen-Westerham	29
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2019 des Abwasserzweckverbandes Prien- und Achental	31
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2019 des Mittelschulverbandes Neubeuern – Rohrdorf – Samerberg	40
Haushaltssatzung des Landkreises Rosenheim für das Haushaltsjahr 2019	56
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2019 des Mittelschulverbandes Eiselfing	58
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2019 des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Schonstetter Gruppe	60
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2019 des Abwasser- und Umweltverbandes Chiemsee	62
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2019 des Mittelschulverbandes Brannenburg	65
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2019 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach a. Inn.....	83
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2019 des Mittelschulverbandes Prien a. Chiemsee	99
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2019 des Zweckverbandes zur Wasserversorgung Chiemseegruppe	133
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2019 des Schulverbandes Babensham	135

Bekanntmachung der Gemeinden und Zweckverbände und sonstiger Behörden

Bekanntmachung der Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Zweckverbandes Abfallverwertung Südostbayern (ZAS)	9
Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2019 des Zweckverbandes Abfallverwertung Südostbayern (ZAS)	42
Regionaler Planungsverband Südostbayern Bekanntmachung über die Auslegung des Entwurfs zur 14. Teilfortschreibung des Regionalplans Südostoberbayern, Teil A „Grundlagen der regionalen Entwicklung und Raumstruktur“	101

<u>Nachrufe</u>	2, 3, 13, 47, 125, 141, 164
------------------------------	-----------------------------

Sonstiges

Bekanntmachung der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg	10, 33, 43, 85, 102, 137, 161, 172
Änderung der Satzung der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg am Inn	103

546

Anlage 1

Brunnen II



541

528/1

538

527

W II

528



Legende:

- | | |
|-------|--------------------|
| W I | Zone 1 |
| W II | Zone 2 |
| W III | Zone 3 |
| | Weitere Schutzzone |

Trinkwasserschutzgebietsausweisung
Tattenhausen
Gemeinde Grosskarolinenfeld

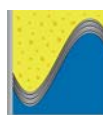
Anlage II.A.1b

Projekt.-Nr.
06p019

Ma stab 1: 1.000
[DIN A4]

Brunnen II
Fassungsbereich

Tag	Name
20.04.2015	Dr. J.W. Hartmann



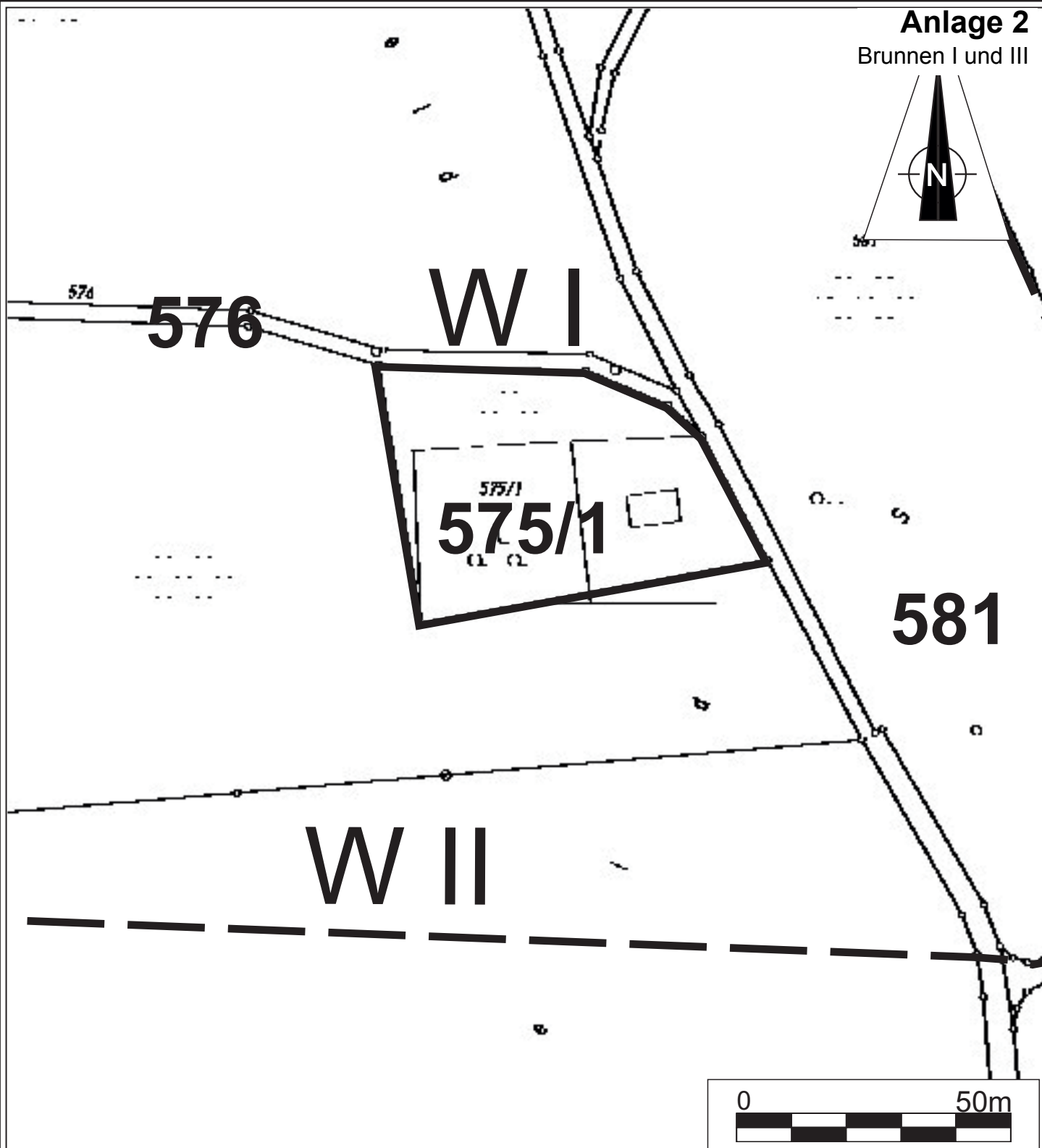
DR. HARTMANN
WASSER & UMWELT
Büro für Hydrogeologie & Geotechnik
www.geohydro.de
FON +49 (08771) 910996 - FAX+49 (08771) 910995
email: info@geohydro.de - mobil (0171) 3122 466

Ergoldsbach, 20.04.2015

[Signature]
(Unterschrift)

Anlage 2

Brunnen I und III



Legende:

- | | |
|--------------|--------------------|
| W I | Zone 1 |
| W II | Zone 2 |
| W III | Zone 3 |
| | Weitere Schutzzone |

Trinkwasserschutzgebietsausweisung
Tattenhausen
Gemeinde Grosskarolinenfeld

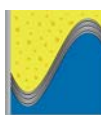
Anlage II.A.1b

Projekt.-Nr.
06p019

Ma stab 1: 1.000
[DIN A4]

Brunnen I und III
Fassungsbereich

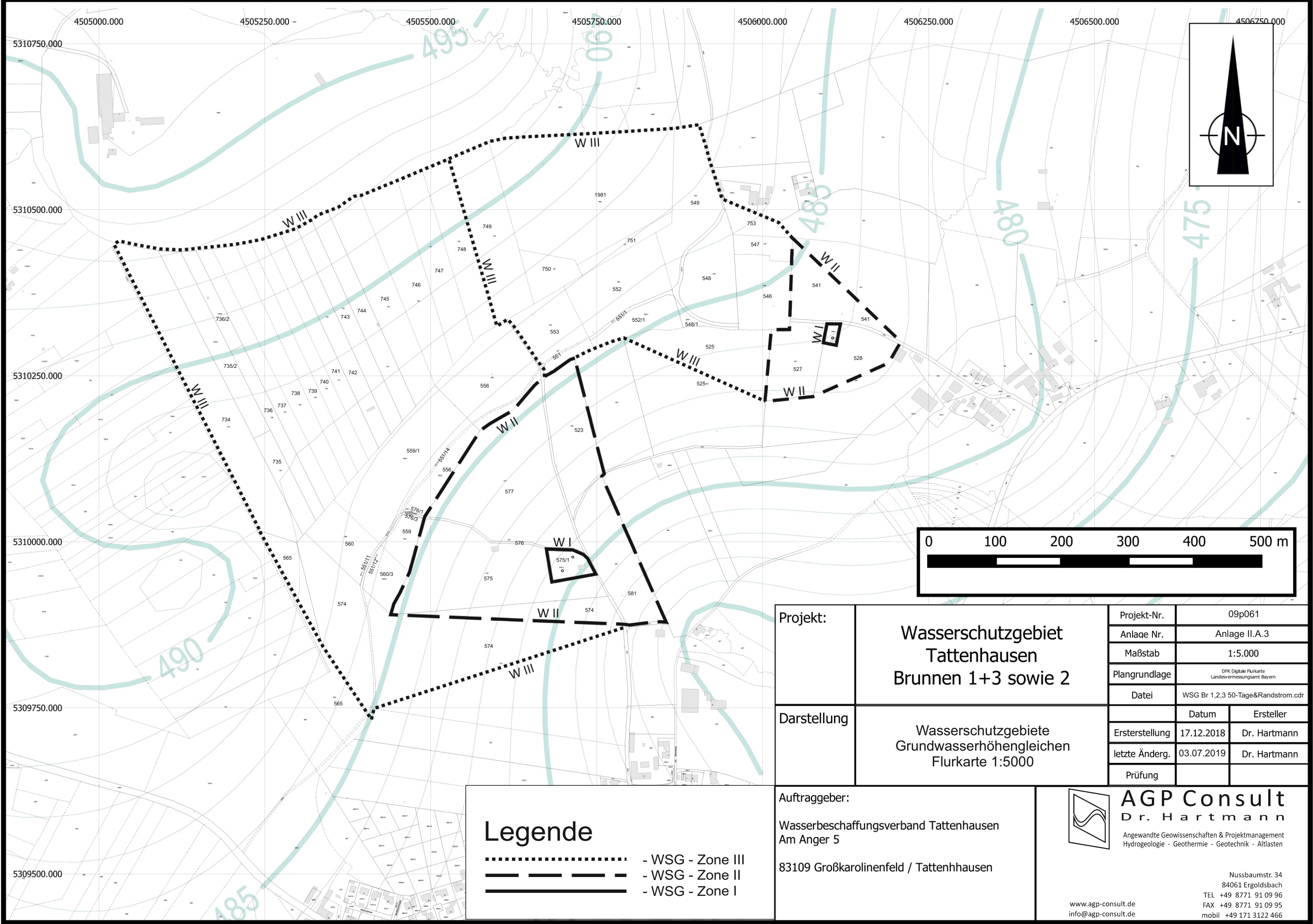
Tag	Name
20.04.2015	Dr. J.W. Hartmann



DR. HARTMANN
WASSER & UMWELT
Büro für Hydrogeologie & Geotechnik
www.geohydro.de
FON +49 (08771) 910996 - FAX+49 (08771) 910995
email: info@geohydro.de - mobil (0171) 3122 466

Ergoldsbach, 20.04.2015

[Signature]
(Unterschrift)



Anlage 4

zur Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Wasserschutzgebiet in der Gemeinde Großkarolinenfeld im Landkreis Rosenheim für die öffentliche Wasserversorgung des Wasserbeschaffungsverbandes Tattenhausen (Brunnen I und III Kapellenfeld und Brunnen II Kirchsteig)

Maßgaben zu § 3 Abs. 1 Nrn. 2, 3, 5 und 6

1. Wassergefährdende Stoffe (zu Nr. 2)

Es ist jeweils die aktuelle Fassung der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen - AwSV- zu beachten.

2. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (zu Nr. 2.2)

Im Fassungsbereich und in der engeren Schutzzone sind Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nicht zulässig.

In der weiteren Schutzzone (Zone III) sind nur zulässig:

1. **oberirdische Anlagen** der Gefährdungsstufen A bis C, die in einem Auffangraum aufgestellt sind, sofern sie nicht doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigergerät ausgerüstet sind; der Auffangraum muss das maximal in den Anlagen vorhandene Volumen wassergefährdender Stoffe aufnehmen können,
2. **unterirdische Anlagen** der Gefährdungsstufen A und B, die doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigergerät ausgerüstet sind,
3. Biogasanlagen bis zu einem maßgebenden Volumen von insgesamt 3.000 Kubikmetern.

Die Prüfpflicht richtet sich nach § 46 Abs. 3 und der Anlage 6 AwSV.

Unter Nr. 2.2 können auch Abfälle z.B. im Zusammenhang mit Kompostieranlagen oder Wertstoffhöfen fallen. An die Bereitstellung von Hausmüll aus privaten Haushalten zur regelmäßigen Abholung (z. B. Mülltonnen) werden keine besonderen Anforderungen gestellt.

3. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen außerhalb von Anlagen (zu Nr. 2.3)

Von der Nr. 2.3 sind nicht berührt:

- Düngung, Anwendung von Pflanzenschutzmitteln etc. nach den Maßgaben der Nr. 4.12, 4.13, 6.1, 6.2, 6.5 und 6.6,
- Straßensalzung im Rahmen des Winterdienstes,
- das Mitführen und Verwenden von Betriebsstoffen für Fahrzeuge und Maschinen,
- Kleinmengen für den privaten Hausgebrauch,
- Kompostierung im eigenen Garten.

Entsprechend AwSV werden an Abfüllplätze von Heizölverbraucheranlagen über die betrieblichen Anforderungen hinaus keine Anforderungen gestellt.

Wassergefährdende Stoffe:

Es ist jeweils die aktuelle Fassung der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu beachten.

(abrufbar im Internet: www.gesetze-im-internet.de/awsv/AwSV.pdf)

Für Stoffe, deren Wassergefährdungsklasse (WGK) nicht sicher bestimmt ist, wird WGK 3 zugrunde gelegt.

Im Folgenden werden einige in Haushalt, Landwirtschaft und Industrie gebräuchliche Stoffe und deren Einstufung in die jeweilige Wassergefährdungsklasse gemäß Anlage 1 AwSV beispielhaft aufgeführt. Ebenso sind viele Abfälle wassergefährdende Stoffe.

WGK 1	WGK 2	WGK 3
schwach wassergefährdende Stoffe	wassergefährdende Stoffe	stark wassergefährdende Stoffe
„Biodiesel“ reine Schmieröle auf Mineralölbasis	Dieselmotortreibstoff; leichtes Heizöl Schmieröle auf Mineralölbasis mit Zusätzen	Schweres Heizöl und Heizölkomponenten Ottomotortreibstoffe (Benzin, Super)

Ethanol (Alkohol, Brennsprit) Glykol (in Kühlmitteln) Essigsäure (Entkalker) Salzsäure Schwefelsäure (z.B. in Autobatterien) Auftausalz, Viehsalz Düngemittel wie Flüssigdünger AHL Ammoniumnitrat, -sulfat Kaliumnitrat, -sulfat Dicyandiamid (DIDIN)	(Motorenöl, Hydrauliköl, Getriebeöl) Dichlormethan (in Abbeizmitteln) Natriumhypochlorit (Chlorbleichlauge) Toluol, Xylol (in sog. Nitroverdünnern) einige Pflanzenschutzmittel, z.B. Terbutylazin Bentazon Ethephon	Altöle einige Lösungsmittel, z.B. Tetrachlorethen (chem. Reinigung) Trichlorethen (zur Metallentfettung) Quecksilber Teer (Abdichtmittel) Die meisten Pflanzenschutzmittel, z.B. Cypermethrin Lindan Isoproturon Formaldehyd (als Konservierungsmittel in Lacken und Klebern)
---	---	---

4. Anlagen zur Versickerung von Abwasser (zu Nr. 3.5)

Das Abwasser ist vor der Versickerung nach strenger als den Mindestanforderungen gemäß Abwasserverordnung (AbwV) in der jeweils geltenden Fassung zu reinigen. Die Anforderungen richten sich dabei nach den einschlägigen Merkblättern des Bayer. Landesamtes für Umwelt.

5. Stallungen zu errichten oder zu erweitern (zu Nr. 5.3)

Bei Gülle- bzw. Jauchekanälen ist zur Dichtheitsprüfung eine Leckageerkennung vorzusehen.

Planbefestigte (geschlossene) Flächen, auf denen Kot und Harn anfallen, sind flüssigkeitsundurchlässig (Beton mit hohem Wassereindringwiderstand) auszuführen und in regelmäßigen Abständen durch Sichtprüfung auf Undichtigkeiten zu kontrollieren.

Bei Güllesystemen ist der Stall in hydraulisch-betrieblich abtrennbare Abschnitte zu gliedern, die einzeln auf Dichtheit prüfbar und jederzeit reparierbar sind.

Der Speicherraum für Gülle bzw. Jauche sowie die Zuleitungen sind baulich so zu gliedern, dass eine Reparatur jederzeit möglich ist. Dies kann durch einen zweiten Lagerbehälter oder eine ausreichende Speicherkapazität der Güllekanäle gewährleistet werden. Hinsichtlich der Dichtheitsprüfungen wird auf Anlage 6 der AwSV hingewiesen.

Die einschlägigen Regeln der Technik, insbesondere DIN 1045, sind zu beachten.

Der Beginn der Bauarbeiten ist bei der Kreisverwaltungsbehörde und dem Wasserversorgungsunternehmen 14 Tage vorher anzuzeigen.

6. Gärfutter- und Gärsubstratlagerung (zu Nrn. 5.5 und 6.6)

Gärsubstrat im Sinne dieser Verordnung ist Biomasse, die zur Verwendung als Rohstoff in Biogasanlagen bestimmt ist.

7. Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung (zu Nr. 6.7)

Eine flächige Verletzung der Grasnarbe liegt dann vor, wenn das wie bei herkömmlicher Rinderweide unvermeidbare Maß (linienförmige oder punktuelle Verletzungen im Bereich von Treibwegen, Viehtränken etc.) überschritten wird.

8. Besondere Nutzungen (zu Nr. 6.12)

Besondere Nutzungen sind folgende landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Nutzungen:

- Obstanbau
- Hopfenanbau
- Gemüseanbau, ausgenommen Feldgemüse
- Zierpflanzenanbau
- Baumschulen und forstliche Pflanzgärten

Feldgemüse ist Gemüse, das im Rahmen einer landwirtschaftlichen Fruchtfolge angebaut wird.

Das Verbot bezieht sich nur auf die Neuanlage derartiger Nutzungen, nicht auf die Verlegung im Rahmen des ertragsbedingt erforderlichen Flächenwechsels bei gleichbleibender Größe der Anbaufläche.

9. Kahlschlag oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme und Rodung (zu Nr. 6.13 und 6.14)

Ein Kahlschlag liegt vor, wenn auf einer Waldfläche alle aufstockenden Bäume in einem oder in wenigen kurz aufeinander folgenden Eingriffen entnommen werden, ohne dass bereits eine ausreichende übernehmbare Verjüngung vorhanden ist und daher durch die Hiebsmaßnahme auf der Fläche Freilandbedingungen (Klima) entstehen.

Eine dem Kahlschlag gleichkommende Maßnahme ist eine Lichthauung, bei der nur noch vereinzelt Bäume stehen bleiben und dadurch auf der Fläche ebenfalls Freiflächenbedingungen entstehen.

Ein Kahlschlag kann auch entstehen, wenn zwei oder mehrere benachbarte Waldbesitzer Hiebe durchführen, die in der Summe zu den o.g. Freiflächenbedingungen führen.

Dagegen sind Hiebmaßnahmen eines oder mehrerer Waldbesitzer auf räumlich getrennten Teilflächen zulässig, wenn sie die Flächenobergrenzen dieser Verordnung lediglich in der Summe überschreiten.

Unter Kalamitäten sind Schäden durch Windwurf, Schneebruch oder durch Schädlingsbefall zu verstehen, deren Beseitigung nur durch die Entnahme aller geschädigten Bäume und daher u.U. nur durch Kahlschlag möglich ist.

Eine Rodung liegt vor, wenn Bäume mit Wurzelstöcken dauerhaft entfernt werden und die Fläche künftig nicht mehr forstwirtschaftlich genutzt wird.